

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 11

Ercheinungstag
Zeitungspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug
Verleitung bei allen Postämtern

Berlin, den 8. März 1925

Verlagsgesellschaft Berlin G. m. b. H. Brechtstr. 8/9 IV
Vertraut. Vertrieb 8524
Einsendungen werden nicht aufgegeben.

41. Jahrgang

Friedrich Ebert

Deutschlands erster Reichspräsident, aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, ist am 28. Februar den Weg gegangen, von dem es keine Rückkehr gibt. Mit ihm verliert das Reich und die deutsche sowie die internationale Arbeiterbewegung einen Führer, dessen persönliche Untadelhaftigkeit anerkannt wird von allen, die auch im politischen Gegner den Menschen sehen und die sich frei zu halten wissen von parteipolitischen Haß. Das will in der heutigen Zeit sehr viel besagen und wenn Friedrich Ebert, ausgewählt zum ersten Repräsentanten der jungen Republik, durch seine weise Zurückhaltung und durch seinen persönlichen Takt es verstanden hat, die Sympathie aller ernsthaften Menschen für sich zu gewinnen, dann ist das ein bereites Zeichen dafür, daß nicht Standes- oder Geburtsvorrechte notwendig sind, um einem großen Staatswesen vorzustehen, sondern eine feste politische Meinung und in erster Linie ein untadeliger Charakter, der zur Achtung zwingt. In seiner sechsjährigen Reichspräsidentenschaft hat Friedrich Ebert unendlich schwere Belastungen ertragen müssen, um das Staatschiff durch alle Wirrungen und Hemmnisse hindurchzuführen und aus dem Chaos des politisch-militärischen Zusammenbruchs die Grundlage zu schaffen für eine künftige aufblühende Entwicklung unseres unter der Siegerlast schwer ringenden Volkes. Dazu war staatsmännische Kunst nötig und die Arbeitererschaft ist stolz darauf, daß Friedrich Ebert, einer der ihrigen, sich in der dunkelsten Zeit als Leiter der Geschicke eines 60-Millionen-Volkes so tapfer bewähren konnte, daß nicht nur der politisch reife Gegner in Deutschland selbst, sondern auch die Staatsmänner aller außerdeutschen Länder nur mit größter Hochachtung von Friedrich Ebert als dem ersten Präsidenten des Deutschen Reiches aus dem Arbeiterstande sprechen.

Friedrich Ebert ist am 4. Februar 1871 in Heidesberg als Sohn eines Schneidermesters geboren. Er besuchte dort die Volksschule und trat dann nach seiner Schulentlassung bei einem Sattler in die Lehre. Nach dem Abschluß der Lehrzeit führten ihn die Wanderjahre nach Mannheim, Karlsruhe, München, Frankfurt und Hannover. Hier übernahm er bei der Gründung der Zählstelle des Sattlerverbandes das Schriftführeramt. In den folgenden Jahren war er in Kassel, Braunschweig, Elberfeld-Barmen und Bremen für seine gewerkschaftliche Organisation außerordentlich tätig. In Bremen zog er durch sein hervorragendes Redneramt die Aufmerksamkeit der führenden Personen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen auf sich und bald stand er auch hier mit an der Spitze der Gewerkschafts- und Parteibewegung. Schon vor 1890 übernahm er die Leitung des Bremer Gewerkschaftsvereins und als im Mai 1890 das Bremer Parteiblatt gegründet wurde, trat Ebert in deren Redaktion ein. Später übernahm er die Leitung des neuerrichteten Arbeitersekretariats in Bremen und Anfang 1900 wurde er Parteisekretär und in die Bremer Bürgerchaft gewählt. Eingehend beschäftigte er sich hier mit den Lebens- und Erwerbsverhältnissen der Bremer Arbeiterschaft. Er veröffentlichte als Resultat seiner Studien eine Schrift: „Die Lebensverhältnisse der Bremer Arbeiter“. Vom Parteitag im Jahre 1905 wurde er in den Parteivorstand gewählt, in dem er sich in der Hauptsache mit dem Ausbau der Parteiverfassung beschäftigte und einen Entwurf für die Neuorganisation der Partei dem Leipziger Parteitag vorlegte. Das auf dem Mannheimer Parteitag 1906 geschlossene gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ist zum guten Teil auf seine Initiative zurückzuführen. Im Jahre 1912 wurde er vom Wahlkreis Elberfeld-Barmen in den Reichstag entsandt. Ein besonderer Erfolg seiner Begabung ist es gewesen, daß er nach dem Tode August Bebel's im Jahre 1913 auf einstimmigen Vorschlag des Parteivorstandes zum Vorsitzenden der Partei und zum Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureau's gewählt wurde. Dann kamen die Kriegsjahre, die Auseinandersetzung in der Partei und deren Spaltung. Ebert, im Brennpunkt der Geschehnisse stehend, nahm an allen diesen Ereignissen positiven Anteil: 1916 wurde er neben Scheidemann Fraktionsvorsitzender und 1918 übernahm er an Stelle Fehrenbach's die Leitung des Hauptausschusses des Reichstags. Er war in dieser Eigenschaft an allen Verhandlungen beteiligt, die während des Krieges im Ausland mit neutralen Sozialisten in der

Friedensfrage gepflogen wurden. Im November 1918 übernahm er das Reichkanzleramt und nach zweitägiger Ausübung dieses Amtes wurde er leitendes Mitglied des Rats der Volksbeauftragten. Seine ganze Haltung, seine Eigenschaft als kenntnisreicher und schlagfertiger Parlamentarier, sowie die Achtung, die er sich durch seine klare und zielstrebige Haltung in allen öffentlichen Fragen erworben hat, erleichterten der Nationalversammlung am 11. Februar 1919 die Wahl des vorläufigen Reichspräsidenten. Ebert wurde mit 277 von 379 bei 51 Stimmenthaltungen auf diesen ersten Posten, den das Reich zu vergeben hat, gewählt. Bei seiner Vereidigung bei der endgültigen Wahl zum Reichspräsidenten am 21. August 1919 in Weimar gelobte er: „Ihr Vertrauen wird mir die Kraft geben, immer der erste zu sein, wenn es gilt, Bekenntnis und Zeugnis abzulegen für den neuen Lebensgrundfah des deutschen Volkes: Freiheit und Recht!“ Im Sinne dieses Gelöbnisses hat Friedrich Ebert sein Amt als Reichspräsident geführt.

Nur vor dieser in Aussicht stehenden Neuwahl ist Ebert von uns gegangen, der Unbezwingler Tod hat auch ihm seine Oberherrlichkeit über alles, was da ist, gezeigt und an der Bahre des toten Führers steht trauernd die deutsche und die internationale Arbeitererschaft, steht der Großteil des gesamten deutschen Volkes, erschüttert von der Pflichtigkeit des Dahinscheidens eines Mannes, den ein gütiges Geschick auf den rechten Platz gestellt hatte. An überwiegenden Charakterköpfen hat das politische Deutschland gewiß keinen Ueberfluß und sicher ist keiner da, der den lebenden Ebert an Lauterkeit der Gesinnung überträte. Und um so größer ist sein Verdienst, als er sich stets bewußt blieb, daß er ein Sohn des Volkes war, dem Riesenheer der Rechtlosen entstammend. Sein Wirken als des Reiches erster Beamter ist der weiten Öffentlichkeit weniger bekannt geworden, auch hier wird erst die Weltgeschichte der unparteiliche Richter sein, der da feststellt, daß Ebert alles getan hat, was in seiner Macht stand, um das neue republikanische Staatswesen in ein der gefunden Entwicklung förderliches ruhiges Fahrwasser zu steuern. Als des Reiches erster Wärtenträger war natürlich auch er Anfeindungen durch seine politischen Gegner ausgeht, doch trotz aller Bemühungen der ränkeüchtligsten Fanatiker haben diese nichts bringen können, was die persönliche Ehrenhaftigkeit Eberts nur irgendwie antasten konnte. Gerade die bevorstehende Neuwahl bot seinen politischen Gegnern, die auch die Gegner der gesamten Arbeiterbewegung sind, Gelegenheit, gegen ihn vorzugehen, nicht um ihn persönlich zu treffen, wohl aber um das ihnen so unbequeme System zu kürzen, um die republikanische Staatsform in ihren kaum aufgebauten Grundfesten zu erschüttern. Nur den erbärmlichsten Wächtern, die die Arbeitererschaft kennt, den Renegaten aus dem eigenen Lager, war es vorbehalten, in emsiger Maulwurfsarbeit Material herbeizujchaffen, um auch die Person Eberts zu bedauern. An der persönlichen Untadelhaftigkeit des jäh Verstorbenen sind alle ihre Bemühungen elend gescheitert, die gewordenen Dresprüher konnten ihn nicht erreichen, der an Wissen und Können und tatkraftigem Handeln turmhoch über diesen jammervollen Kreaturen stand.

An der Bahre Eberts trauert neben seiner Familie die deutsche Arbeitererschaft, trauert die Internationale der Arbeiterbewegung, trauert das republikanische Deutschland, trauert die Demokratie der ganzen Welt. Der Tod Eberts ist ein harter Schlag für den demokratischen und republikanischen Gedanken. Das Schicksal hat es gewollt, daß ein Leben, so überreich an Arbeit für die Unterdrückten und Notleidenden, mitten aus der besten Schaffenskraft herausgerissen wurde. Die Lücke, die der Tod da riß, ist schwer auszufüllen, es fehlt unserem deutschen Volke an Männern mit überragender Führereigenschaft. Daß Ebert sich zu einem solchen Führer entwickeln konnte, ist sein ureigenstes Verdienst und die deutsche Arbeitererschaft ist und bleibt ihm unendlichen Dank schuldig. Und an der Bahre dieses Sohnes unseres Volkes Klinge hell das Gelöbniß allüberall hin, ihn und seinen Pfaden nachzuwandeln. Ebert, des deutschen Reiches erster Präsident, wird in den Herzen des republikanischen Deutschlands unvergessen bleiben.

Entscheidungen zu unseren Reichstaxi- verträgen.

Einindustrie.

Der in der letzten Nummer bekanntgegebene Schiedspruch für die Einindustrie ist von beiden Vertragsparteien angenommen worden.

Ein Verbrechen an Volk und Wirtschaft!

Mit der Veröffentlichung der Steuervorlage hat sich der Öffentlichkeit die größte Unruhe bemächtigt. Von einer Regierung, die der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft ihr Leben verdankt, war, wenn sie Steuerreformen machte, ja überhaupt zu erwarten. Diese Steuerreform aber, die das Kabinett der Kapitalisten und Agrarier in Reinkultur plant, übertrifft alle Verurteilungen. Ihr gegenüber steht das deutsche Volk in der Rolle des Kästners, das schon lange zu viel trägt, und weiterbelastet werden soll.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Steuervorlage die Absicht, den Besitz zu entlasten und die Armut noch mehr zu belasten. Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer bringen dem Besitz und den großen Einkommen Millionenanteile auf steuerlichem Gebiet. Hier ist man radikal vorgegangen, um den Geldsack zu schütten. Für Arbeiter, Beamte und Angestellte hat man nichts, aber auch gar nichts übrig. Die wirtschaftsfeindliche, Waren vertuernde Umsatzsteuer bleibt. Der denkende, den Reallohn schmälernde Lohnabzug erhöht keine Milderung, und wo bei kinderreichen Familien minimale Entlastung eintritt, ist diese so selbstverständlich und durch nackte Armut und größtes Elend geboten, daß die Regierung wohl nicht gut anders konnte. So hat man Milderungen von 2 Proz. eintreten lassen, die aber nur gelten, sofern der Prolet zum mindesten über 4 Kinder verfügt. Dagegen berücksichtigt man, daß man bei den großen Einkommen die Steuer um rund 50 Proz. ermäßigt hat. So sieht die steuerliche Gerechtigkeit der Regierung aus!

Welche Entschädigung hat die Regierung für ihr ungeheuerliches Unterjochen? Sie sagt, es sei notwendig, das Vermögen in Deutschland zu schonen, damit wir zur Kapitalbildung und zu einer Belebung der Wirtschaft kommen. Das klingt harmlos, süßig und plausibel, gerade als wenn der Wolf das Lamm einlädet, sich seiner Obhut anzuvertrauen! Wie liegen aber die Dinge wirklich? Gewiß, die Regierung ist schon seit Einführung der Rentenart damit beschäftigt, Kapital neu zu bilden. Die Preise wurden überteuert, die Arbeitszeit verlängert und die Löhne möglichst verkürzt. Das waren die Mittel, um neues Kapital zu bilden, und diese Mittel haben Erfolg gehabt. Es gibt deutsche Firmen, die im Jahre 1924 mehr Reingewinn erzielten als vor dem Kriege. Wir kennen Firmen, die nach eigenen Angaben im Jahre 1924 ihr ganzes Aktienkapital verdienend, also mit 100 Proz. Gewinn gearbeitet haben. Wir haben selten eine so verrückte Zeit erlebt, in der gerade durch wuchernde Preisüberhebung eine riesige Rebaudierung der Löhne vorgenommen wurde. Wucherpreise, wie wir sie bezahlen müssen, bedeuten ja indirekte Lohnkürzung. Auf dieser Linie liegt auch die neue Steuerreform. Der Besitz, das große Einkommen sollen seinen Roub behalten; deshalb sollen sie steuerlich entlastet und gespart werden. Die Massen aber sollen bezahen. So bildet man Kapital! Ein sehr einfaches Rezept!

Aber noch mehr! Die Steuervorlage sieht auch vor, die öffentlichen Betriebe der Körperschaftsteuer und der Vermögenssteuer zu unterwerfen. Wenn Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke aber ihre Preise erhöhen müssen, bedeutet das nicht nur eine neue Befastung der Massen und eine Verteuerung der übrigen Produktion, sondern es fallen damit wichtige Voraussetzungen für eine Verbilligung überhaupt weg. Etwas Wirtschaftsfreundlicheres läßt sich kaum denken. Deutschland, das auf Grund seiner billigen Arbeitslöhne, seiner qualifizierten Arbeiterschaft, seines technischen Könnens usw. das billigste Industrieland sein könnte, soll absolut das teuerste Land der Erde sein. Wenn man die billigeren öffentlichen Betriebe durch Steuerlast in ihrer Entwicklung hemmen will, dann läßt sich diese Art Selbst-

mord der Wirtschaft nur dadurch erklären, daß unsere Wirtschaft privatkapitalistisch eingestellt ist und unser Privatkapitalismus mit den Steuervorlagen nebenbei den Zweck verfolgt, gegen kommunale und gemeinwirtschaftliche Betriebe einen neuen Schlag, der tödlich wirken soll, zu führen. Der private Kapitalismus hat Hunger und will die Beute, die unsere famose Wirtschaftspolitik bietet, für sich allein. Ein Beispiel dafür: die öffentlichen Sparkassen sollen steuerlich bis zu einem gewissen Grade verschont bleiben, wenn sie auf das übrige Geldgeschäft verzichten, d. h. wir wollen auch ein wenig milder behandeln, wenn ihr Sparkassen damit einverstanden sind, daß wir, die modernen Finanzkapitalisten, das Volk mit Zinsen und Provisionen ungestört auswuchern!

Wenn man ein Wort für diese Steuerreform finden wollte, könnte es nur dieses sein: Bildung künstlicher Produktions- und Preismonopole, Finanzierung eines rückständigen Wirtschaftsapparates durch Ausbeutung der Massen! So brutal, wie die Regierung es in ihrer Steuervorlage tut, ist dieser Gedanke aber noch nie verwirklicht worden. Brutal — aber auch unerantwortlich. Gewiß, man kann so Kapital neu bilden, kann so der Industrie und der Landwirtschaft die Taschen füllen. Wie geht es aber weiter? Wie bringen wir unsere Wirtschaft, von der wir alle abhängen, vorwärts? Der reiche Kapitalist ist immer noch nicht die reiche Wirtschaft. Wenn der Unternehmer sein Schädchen im Trocknen hat, zieht er sich ins Privatleben zurück. Er hat, mögen andere weiter sorgen. Damit ist der Wirtschaft aber nicht geholfen. Bei der kommt es darauf an, daß produziert und konsumiert wird! Die Politik der Regierung aber verhindert diesen Fluß in der Wirtschaft; sie kürzt die Reallohne und schlägt die Kaufkraft mit unsinnigen Steuern tot. Wenn sie so dem Unternehmertum eine Milliarde zuschützt, vernichtet sie in Wirklichkeit zehn Milliarden an Kaufkraft und Wirtschaftsamt. Sie gleicht dem Landwirt, der jedes Jahr möglichst viel aus dem Boden herauskranzt, ohne daran zu denken, daß dieser Boden gepflegt, behandelt, gesäht, daß er ernährt und begünstigt werden muß. Ergt man die Fähigkeit des Volkes, Waren zu kaufen und zu verbrauchen, durch Wucherpreise, Kürzung des Reallohn und steuerliche Belastung aber noch weiter ein, dann muß einmal der Augenblick kommen, wo der Mangel den ganzen Produktionsprozeß zum Stillstand bringt. Der Boden verfaßt dann eben die Früchte!

Das ist dann die Katastrophe, der die Regierungspolitik entgegensteht. Das müssen wir verhüten. Deshalb wenden wir uns gegen die Steuervorlage; gegen das Verbrechen an Volk und Wirtschaft!

Betriebsabotage.

Im Laufe der letzten Jahre haben wir öfters Gelegenheit nehmen müssen, an den Geschäftsmagimen gewisser Unternehmer Kritik zu üben. Wir haben immer wieder gefordert, im Interesse der Allgemeinheit zu den allen rechtlichens Grundätzen vor-
tragszeitlicher Geschäftspraxis zurückzukehren. Es scheint aber, daß man in den letzten Jahren häufig alle Begriffe über reelle Geschäftsgrundsätze auf den Kopf gestellt hat. Während früher als Devise „Großer Umsatz — kleiner Nutzen“ galt, huldigt man heute dem umgekehrten Grundsatz „Kleiner Umsatz — großer Nutzen.“ Und während man früher in der Steigerung der Produktivität und Rentabilität eines Betriebes das Ziel einer guten Geschäftsführung sah, haben wir in den letzten Jahren häufig die Beobachtung machen können, daß geschäftstüchtige Unternehmer durch Betriebsabotage ihr Schädchen ins Trockne zu bringen verstanden. Die Skrupellosigkeit ging soweit, daß es eines „Gesetzes gegen die Stilllegung von Betrieben“ bedurfte, um diesem Treiben Einhalt zu tun. Aber auch dann noch verstanden es gewisse Unternehmer, durch die Maßnahmen des Gesetzes zu schlüpfen und ihre Betriebe wegen Unrentabilität stillzulegen, die Maschinen ins Ausland zu verkaufen usw. Nehulidie Verhältnisse zeigten sich sogar in Reichsbetrieben. Wir haben seinerzeit bereits eingehender dargelegt, daß man es beispielsweise in der Reichsdruckerei verstanden hat, den Nachweis zu führen, daß selbst kleine Privatbetriebe billiger arbeiten könnten als der große, mit den modernsten Maschinen ausgestattete Reichsdruckereibetrieb.

Wo man bisher aber noch schamhaft mit dem wahren Ziel zurückhielt, legt man jetzt, da alle Schranken gefallen sind, seinen wahren Gefühlen keinen Zwang mehr auf. Tageszeitungen bringen die Mitteilung, daß die Deutschen Werke nicht mehr imstande sind, die zur Fortführung des laufenden Betriebes und zur Vollendung ihres Umstellungsprogramms erforderlichen Mittel zu beschaffen. Sie werden dadurch gezwungen, sich von Grund auf „umzuorganisieren“. Das heißt also mit anderen Worten, sie sollen dem Privatkapital ausgeliefert werden. Die „unproduktiven Werte“ sollen abgestoßen werden. Für die anderen hofft man aus einer Beteiligung der Länder und der Privatindustrie die erforderlichen Betriebsmittel zu ziehen. Das ist, so möchte man beinahe sagen, die Kapitulation des Reiches als Unternehmer. Die vor ca. 5 Jahren gemachten ersten Ansätze zu einem Staatssozialismus werden damit getilgt. Ein recht interessanter und markanter Vorgang, typisch für die heutige Zeit. Das Unternehmertum weiß, daß es so ziemlich unbeschränkter Beherrscher der Situation ist. Es weiß, daß wieder eine Regierung am Ruder ist, die sich als Bewahrer der Unternehmerinteressen fühlt. Während diese Regierung auf der einen Seite so reichlich über Mittel verfügt, daß sie der Schwerindustrie 700 Millionen Goldmark zuwenden kann, ist das Reich auf der anderen Seite angeblickt nicht imstande, oder nicht gewillt, die für ihre eigenen Betriebe erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Als die Nationalversammlung im Jahre 1919 den Beschluß faßte, daß die Heereswertstätten in Betrieb bleiben und allmählich auf Friedenswirtschaft umgestellt werden sollten, ging man vor allem von sozialen Gesichtspunkten aus. Die Deutsche Werke Akt.-Ges. wurde im Dezember 1919 errichtet. Sie übernahm die 14 Heeres- und Marinewertstätten. Der Umstellungsprozeß wurde kräftig angeleitet und schritt zunächst auch in gutem Tempo vorwärts. Das war allerdings zu einer Zeit, als die Arbeiterschaft noch überragenden Einfluß hatte. Dank der Zerrissenheit in der Arbeiterschaft ist es dem Unternehmertum gelungen, die Macht wieder an sich zu reißen. Zu der 700-Millionen-Viebesgabe werden dem Unternehmertum nun noch die Deutschen Werke ausgeliefert und damit dem Privatkapital abermals Millionenwerte überlassen. Aber die große Masse der Arbeiterschaft hat noch immer nicht begriffen, was sie angesichts dieser Zustände zu tun hat; noch immer käufte sie den bürgerlichen Parteien nach, die ihre Rechte und Interessen mit Füßen treten.

Zur Beitragsfrage.

Es ist wohl anzuerkennen, daß nach dem infolge der Inflation eingetretenen finanziellen Zusammenbruch der Gewerkschaften, auch durch unsere Organisationsinstanzen alles versucht wurde, um schnellstens dem Verband wieder den so dringend nötigen materiellen Rückhalt zu geben. Die getroffenen Maßnahmen waren auch nicht ohne Erfolg, wie die in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Kassenabschlüsse ausweisen. Es fragt sich nur, ob die erzielten Ergebnisse auch als ausreichend anzusehen sind, um die der Organisation gestellten Aufgaben durchführen zu können.

Wenn auch die finanzielle Entwicklung uns einigermaßen besriedigen könnte, dann darf demgegenüber nicht verkannnt werden, daß wir vollkommen von vorn anfangen mußten und daher erst wieder ein angemessener, der Mitgliederzahl entsprechender Kampffonds angeammelt werden muß. Für die wirkungsvolle Vertretung der Interessen unserer Mitglieder ist eine weitere Steigerung der Finanzkraft unseres Verbandes daher unbedingt erforderlich.

Die noch ständig anhaltende Verteuerung der gesamten Lebenshaltung bedingt gebieterisch auch eine angemessene Erhöhung der Löhne. Die Organisation ist jedoch nicht imstande, das Lohnniveau in dem erforderlichen Maße zu heben, solange ihr die dazu nötigen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß unsere Organisation noch nicht genügend stark ist, um es auf eine ernste Kraftprobe antommen lassen zu können. In der großen Zahl der unorganisierten Berufungsangehörigen, sowie insbesondere auch in dem ungenügenden finanziellen Rückhalt, liegt unsere Schwäche. Diese unsere Schwäche zu beheben muß daher unbedingte Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes sein.

Die Betriebsrätewahlen müssen unter der Parole geführt werden: Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften!

Für eine weitere Stärkung unserer Finanzkraft ist als einzige Möglichkeit nur eine Steigerung der Einnahmen ins Auge zu fassen. Als einzige Einnahmequelle steht der Organisation jedoch nur die Beitragsleistung der Mitglieder zur Verfügung, deren Höhe daher so zu bemessen ist, daß aus deren Ertrag neben den unvermeidlichen laufenden Verwaltungsausgaben auch die erforderlichen Rücklagen für die Ansammlung eines Kampffonds sich ergibt.

Die jetzt geltenden Beitragsätze hat der Beirat unseres Verbandes im September 1924 festgesetzt in der Voraussetzung, daß dem in diesem Jahre tagenden Verbandstage, als oberste Instanz der Organisation, die entgeltliche Regelung vorbehalten bleiben sollte. Seitdem haben sich die Verhältnisse jedoch wieder derart gestaltet, daß schon jetzt eine weitere Beitragserhöhung als dringende notwendig angucken können und es einen unermesslichen Schaden für die Organisation bedeuten würde, wenn die jetzigen Beitragsätze noch unverändert bis zum 1. Oktober fortbestehen würden. Die seit der letzten Beitragsatzung eingetretene Steigerung der reichhaltigen Löhne berechtigt wohl auch zu einer weiteren Erhöhung der Beitragsätze. Die in Nr. 9 der „Buchbinder-Zeitung“ angestellte Maßnahme des Verbandsvorstandes ist daher zu begrüßen und wird hoffentlich auch die einmütige Zustimmung unserer Beiratsmitglieder finden.

Der Verbandsvorstand sieht nun in seinem Vorschlag an den Beirat vom 1. April ab eine Erhöhung der Beitragsätze nur um je 5 Pf. für die 1., 2. und 3. Beitragsklasse und um je 10 Pf. für die 4. und 5. Beitragsklasse vor, was gewiß als äußerst bescheiden anzusehen ist; wenigstens für die 4. und 5. Beitragsklasse würde eine Steigerung um je 15 bzw. 20 Pf. sehr wohl auch noch tragbar und durchführbar sein. Einwendungen, daß es den Mitgliedern zurzeit noch nicht möglich sei, höhere Beiträge zu leisten, sondern daß zunächst weitere Lohnverhandlungen durchgeführt werden müßten, werden, wie noch stets bei solchen Anlässen, sicher auch jetzt wieder erhoben werden. Das darf uns aber nicht abhalten, die im Interesse der gesamten Kollegenschaft als notwendig erkannten Maßnahmen auch schnellstens zur Durchführung zu bringen. Mit aller Energie und größter Opferwilligkeit muß dahin gewirkt werden, die Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation so zu stärken, daß bei den sich immer schwieriger gestaltenden Lohnverhandlungen unsere Vertreter auch mit größerem Nachdruck für die Forderungen der Kollegenschaft einsehen können.

Aus der Kartonnagenindustrie.

Der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten erläßt unter seinen Mitgliedern eine Umfrage über die Wirtschaftslage im Monat Januar. Dem zusammenfassenden Bericht hierüber ist u. a. zu entnehmen, daß die in den letzten Monaten des Jahres 1924 eingetretene Besserung in der Beschäftigung der Betriebe einen Rückschlag erlitten hat. Der Eingang neuer Aufträge habe bedeutend nachgelassen; die Betriebe seien aber zum großen Teil noch mit der Erledigung von Aufträgen beschäftigt. Bringt der Januar in der Regel schon stilles Geschäft, so sei die Besserung auch dadurch beeinträchtigt worden, daß wider Erwarten am 22. Januar die Papppreise neu erhöht wurden. Ferner habe der Umstand äußerst nachteilig auf das Geschäft eingewirkt, daß es die Mehrzahl der Pappfabriken abnehme, die Pappen zu festen Preisen zu verkaufen. Allgemein aber würden feste Preise als notwendig bezeichnet, da die Kartonnagenfabrikanten auch nur zu festen Preisen verkaufen könnten und die Möglichkeit haben müßten, sich bei ihren Abschüssen neu einzudecken.

Die Preiserhöhungen der Rohmaterialien machten allgemein eine Erhöhung der Verkaufspreise erforderlich. Bei den Abnehmern sei indes ganz allgemein auf die größten Schwierigkeiten gestoßen, da die Kundenschaft in der Regel behauptet, daß sie ihrerseits an keinerlei Preiserhöhungen denken könne, daß vielmehr von ihr ein Preisabbau erwartet und verlangt werde. Unter diesen Umständen könne ihr nicht zugemutet werden, für Verpackungen

Preiserhöhungen zu bewilligen. Die gegenseitigen Preisunterbietungen der Kartonnagenfabrikanten hätten dann auch vielfach leider die Wirkung gehabt, daß entweder überhaupt keine oder keine angemessene Erhöhung der Verkaufspreise vorgenommen werden konnte.

Die Versorgung mit Pappen habe sich noch weiter verschlechtert. Auch die Bezirke, die bisher mit der Belieferung mit Pappen im allgemeinen noch zufrieden waren, müßten jetzt feststellen, daß die Rohstoffversorgung außerordentlich schleppend wurde; es würden immer längere Lieferfristen beansprucht.

Die neuen Preiserhöhungen hätten weiter zur Folge gehabt, daß die Ausfuhr von Kartonnagen noch mehr erschwert worden sei.

(Allgem. Anz. f. Buchb.)

Der Papierwucher.

Unter vorstehender Überschrift wird dem „Börseblatt für den deutschen Buchhandel“ (Nr. 34 vom 10. Februar 1925) u. a. folgendes geschrieben:

Man ist fest versucht, zu glauben, es gehe nicht mit rechten Dingen zu, angesichts der fortwährenden Erhöhung der Papier- und Papppreise. Und doch ist es die nackte Wahrheit, daß die Papier- und Papppreise heute einen Stand erreicht haben, der mit Recht die Befürchtung aufkommen lassen muß, als ob eine neue Inflation im Anzuge wäre, vor der Deutschland aber doch ein gültiges Geschäft bewahren wolle. Betrachten wir zunächst die Preisentwicklung des für Zeitschriften, Zeitungen usw. unentbehrlichen Papierstoffes, gemeinhin Zeitungsdruckpapier genannt. Der Vorkriegspreis betrug für 100 Kilogramm Rollenpapier durchschnittlich 21 Mk. (sei Haus). Als die Rentenmark die tolle Inflation ablöste, bewegte sich in den folgenden Monaten der Papierpreis so ungefähr um 30 Mk. herum. Es trat dann eine Senkung ein; im März 1924 betrug der Preis für 100 Kilogramm Zeitungsdruck 25 50 Mk. Das bedeutet gegenüber der Vorkriegszeit eine Steigerung um rund 25 Proz. Aber schon im April 1924 stieg der Preis auf 27 Mk., im Mai auf 29 50 Mk. und im Juni auf 31 50 Mk. Der Junipreis weist demnach eine Steigerung von über 57 Proz. auf. Schon bei diesen Preiserhöhungen gingen die Papierfabriken sehr selbstherrlich vor; sie fragten nicht nach Abmachungen mit Verbraucherverbänden usw. So hat sich der Verein deutscher Zeitungsverleger wiederholt darüber beklagt, daß seinen Vertretern vom Verbande deutscher Druckpapierfabriken trotz bestehender Vereinbarung nicht Gelegenheit gegeben wurde, die Unterlagen nachzuprüfen, auf die sich die Preiserhöhungen jeweils stützten. Die Druckpapierfabriken redeten sich um die Mitte des vorigen Jahres damit heraus, die meisten Fabriken kämen durch die gestiegenen Löhne, Holz- und Rohstoffpreise sowie durch die Kapitalmangelheit von Woche zu Woche in immer größere Geldschwierigkeiten und seien nicht mehr in der Lage, ihre Rohstoffe rechtzeitig einzudecken bzw. bezahlen zu können, um die Papierproduktion laufend aufrechtzuerhalten. Bei dem sehr stark gestiegenen Papierbedarf der Zeitungen sei aber eine geregelte Erzeugung unbedingt notwendig, um allen Abrufen gerecht werden zu können.

Es wird dann gefordert, die Einwände der Papierverbraucher gegen diese ungelunde Papierpreispolitik möchten gehört werden und gesagt, die Holzschleifereien und Papierfabrikanten müßten sich nicht skrupellos über diese Einwände hinwegsetzen. Es ist nur zu richtig, was in einem Artikel: „Was geht auf dem Papiermarkt vor?“ gesagt wird:

„Wenn auch die Tageszeitungen im großen und ganzen noch florieren, so ist doch eine ganz bedeutende Absatzsokkung auf dem Büchermarkt zu verzeichnen, und auch das scheinbar blühende Zeitschriftengewerbe hat bis auf einige wenige Ausnahmen schwer zu kämpfen. Eine Preispolitik, die sich zum größten Teil aus vorübergehender lebhafte Nachfrage nach Produkten stützt, ist jedenfalls eine ungelunde wirtschaftliche Erscheinung und hat wirtschaftliche Schäden im Gefolge, die späterhin wieder schwer abzustellen sind. Unsere Fertigprodukte sind jedenfalls keine Kon-

junkturartikel, wie Getreide, Kaffee und ähnliches, bei denen es möglich ist, nach der Marktlage den Verkaufspreis zu erhöhen oder zu senken.“

Das sind Feststellungen, die zum Nachdenken Veranlassung geben und hoffentlich wohl auch das Bewußtsein der Holzschleif- und Papierfabrikanten schärfen. Zum Schluß werden die beteiligten Fachkreise zur Stellungnahme aufgefordert, und zwar mit folgenden Worten:

„Mit „Schritten“, „Ermägungen“ und „Protesten“ darf es jetzt nicht mehr sein Bewenden haben. Das Mundstücken muß aufhören, es muß endlich einmal energig gepöpselt werden. Die heutigen Preise für alle Papierarten lassen sich in keiner Weise rechtfertigen; es handelt sich um egoistische Konjunkturüberpompungen, gegen die Verbraucher und Regierung gleichermäßen vorgehen müssen, aber nicht, wie gesagt, mit papierernen Entschuldigungen, Eingaben usw. Die Vertreter der maßgebenden Verbände der Papierverbraucher müssen gemeinsam mit größter Ausdauer alle Schritte unternehmen, die eine Abstellung dieser ungelunden Zustände herbeizuführen geeignet sind. Weisung und Landtag, die Ministerien usw. müssen durch persönliche Bearbeitung über den gegenwärtigen unhaltbaren Zustand aufgeklärt werden, auch die Flucht in die besterzte Öffentlichkeit darf unter keinen Umständen unterlassen werden; es muß ein für allemal aufgehört, daß z. B. der Ausländer das gleiche Papier weit billiger aus Deutschland beziehen kann als der deutsche Verbraucher selbst. Die gesamte Tages- und Fachpresse muß diesen Kampf im eigenen Interesse aufnehmen, denn es handelt sich letzten Endes um die Behauptung ihrer Existenz und um die Fernhaltung einer neuen Inflation.“

Die deutsche Papierindustrie hat trotz Kohlenpreiserhöhung und Herabsetzung der Umsatzsteuer in letzter Zeit wieder ihre Preise erhöht. Dabei machen die ausländischen Fabriken die größten Anstrengungen, den deutschen Papiermarkt auf dem Auslandsmarkt zu verdrängen. Die Lage ist derart, daß der deutsche Exporteur durch die Preispolitik der deutschen Papierindustrie der ausländischen Industrie geradezu in die Arme getrieben wird. Fabriken in Kaval und Alca nehmen z. B. für eine bestimmte Sorte Zellulosepapier mit 20 Proz. Holz einen Preis von 20 Pfund Sterling frei Hamburg, während ein gleiches Papier bei maßgebenden großen deutschen Fabriken 25 bis 26 Pfund Sterling kostet. Die deutsche Papierindustrie ist aber sehr wohl in der Lage, billiger zu produzieren. Hinweise auf die schwierige Beschaffung des Holzes zu hohen Preisen sind nicht stichhaltig. Während nämlich unsere Papierindustrie über Mangel an Zellulose klagt, gelangen bedeutende Mengen Zellulose ins Ausland. Es kann daher sehr wohl dafür gefordert werden, daß deutsche Holzschleifereien und Zellulosefabriken mit Holz in genügender Menge und zu tragbaren Preisen versorgt werden. Es ist nötig, den Preisabbau auch für Papier endlich in die Wege zu leiten.

Buchausstellung in Mainz.

In diesem Sommer wird in Mainz, der Stadt Gutenbergs, im Gutenbergmuseum eine Ausstellung veranstaltet, die den Namen „Das schöne Buch“ führen und die Entwicklung des Buchdrucks von seinen Ursprüngen bis auf den heutigen Kunststand zur Darstellung bringen soll. Erst kürzlich hat die Stadt Mainz für ihr Gutenbergmuseum eine nachweislich von Gutenberg gedruckte Bibel zum Preise von 70 000 Mk. aus Privatband erworben und damit ihr überaus sehenswertes Museum um ein wertvolles Stück bereichert.

Mißbrauch der Gewerkschaften im Warenhandel.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt in Nr. 2 seiner „Bundesmitteilungen“ folgende Warnung: „Wiederholt bekamen wir in letzter Zeit von einzelnen Ortsansässigen die Mitteilung, daß in ihren Bezirken Reisende aufgehalten wurden, die mit Hilfe besonderer gewerkschaftlicher Empfehlungen in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder Wäcker, Tee, Textil-

waren und andere Dinge zu vertreiben suchten. Diese Empfehlungen waren durch Stempel und Unterschriften von Ortsausschüssen und örtlichen Verbandsleitungen beglaubigt. Die Beschwerdeführer stiegen in ihren Aufträgen darüber, daß sich bei Prüfung der geteilten Waren ergab, daß die Verpackung nicht den bei Aufgabe der Bestellung vorgelegten Mustern entsprach. Trotzdem wurde bei einem Versuch des Nachtrags vom Kaufvertrag von der betreffenden Firma mit gerichtlichen Maßnahmen gedroht.

Diese Vorgänge geben uns Veranlassung, den Ortsausschüssen dringend nahezu legen, derartige Ausweise oder Empfehlungen in keinem Fall auszustellen. Auch die Zugehörigkeit des Reisenden zu einer gewerkschaftlichen Organisation darf daran nichts ändern, denn in allen Fällen handelt es sich doch immer nur um die Förderung der Interessen kapitalistischer Privatunternehmer. Sorgen für den Ausbau der Konsumgenossenschaften zur höchsten Leistungsfähigkeit, so leisten wir damit der gesamten Arbeiterklasse den besten Dienst.

Weiter besteht der hier richtig und scharf festgestellte Unterschied noch in ziemlich hartem Umfange, wie ja auch der Vertriebsrat Warenhandel trotz aller gewerkschaftlichen und anderen Mahnungen zum Schaden der Arbeiter als Verbraucher wie als Lohnempfänger an manchen Stellen lustig weiter blüht.

Internationales.

Dänemark. Unser dänisches Bruderorgan vom 5. Februar berichtet, daß die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband für Kopenhagen in zweimaliger Zusammenkunft dahin geführt haben, daß der bestehende Tarifvertrag verlängert wird. — Zu demselben Ergebnis führten die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für die Provinz.

Die Regelung der Lohnsätze innerhalb des Tarifvertrages ist für Februar und August 1925

und für Februar 1926 vorgesehen. — Die jetzt geltenden Löhne werden in nächster Nummer veröffentlicht.

Unser dänischer Bruderverband hat ferner mit dem „Verband der Papierwaren-Industrie und Rahmenfabrikanten“ einleitende Verhandlungen wegen Abschluß eines Tarifvertrages angeknüpft, die voraussichtlich auf friedlichem Wege zu einem erfolgreichem Abschluß kommen werden. Nur die Abschaffung der Heimarbeit stößt noch auf den energischen Widerstand der Unternehmer.

Berichte.

Florsheim. Unsere Jahrbüchle hielt am 15. Februar ihre Hauptversammlung ab. Der Besuch war der Mitgliederzahl entsprechend ein wenig guter, auch waren einmal einige Kolleginnen anwesend. Zu beachten ist dabei, daß ein großer Teil der Mitglieder in fernliegenden Orten wohnt. Der Vorliegende Red. widmete dem verflochtenen Geschäftsjahr, das wieder sehr viel Arbeit gab, einen kurzen Rückblick. Trotz aller Agitation, Versammlungen der Einzelgewerkschaften, Ausgaben der Zeitungen und Aufklärungschriften fanden sich von den ausgeschiedenen Mitgliedern nur wenige zum Verbande zurück. Trotzdem sie es schon schwer an ihren Löhnen empfinden müssen, kommen die Leute dennoch nicht zur Einsicht, daß nur durch Zusammenschluß etwas Besseres erzielt werden kann. Dann wurde der drei vorbereiteten Reden und Kolleginnen eifrig gedenkt. Nach dem Geschäftsbericht, der eine vielfältige Arbeit erkennen ließ, besonders durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern, wurde der Ausschussbericht erfaßt. Die Neuwahl brachte die einstimmige Wiederwahl des selbstberigen Vorstandes. Ein Vorkurs schied aus Gesundheitsrückständen aus. Die notwendige Ersatzwahl erfolgte ebenfalls. Dann gab uns Hemminger-Zugart eine Erläuterung der Wirtschaftslage von der Inflationszeit bis heutigen Tages, der Arbeit des Tarifausschusses und der Organisation und ihrer Ergebnisse. Ganz besonders hob er jene der Eisindustrie hervor. Die Anwesenden waren für diese Aufklärungen sehr

dankebar. Bei unterfrisch die Schlussworte Hemmingers mit einer Mahnung an alle, fernerhin frei zum Verbande zu halten und die noch Säunigen heranzuholen.

Am 17. Februar fand die Generalversammlung der Jahrbüchle im Saal statt. Die Versammlung war dem Mitgliederstande nach mäßig besucht, jedoch waren etwa 70 Mitglieder anwesend. Aber man mußte feststellen, daß es immer nur ein und dieselben Kollegen sind, die an den Versammlungen regelmäßig teilnehmen. Weber referierte über „Gewerkschaften und Achtstundentag“. Er bemerkte dabei, daß viele glaubten, durch die Stabilisierung der Markt sehr einen Verband nicht mehr nötig zu haben. Aber diese Kollegen befinden sich in einem großen Irrtum, denn gerade jetzt beim Wiederaufbau unserer Organisation gilt es, dem Verbande mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um all das Versäumte und was uns in der Inflationszeit verloren ging, wieder zu erobert. Wir haben nicht nur viel verloren, sondern die wenigen Rechte, die man dem Arbeiter angebilligt hatte, sollen uns auch noch genommen werden. Daher heißt es, Kollegen und Kolleginnen, wacht auf und helft mit an der Gesundung unserer Organisation. Beist, daß das Kapital ohne euch nicht leben kann, zeigt, daß ihr auch Menschen seid und keine Sklaven, zeigt, daß ihr auch das Recht habt, zu leben unter der Sonne wie andere Menschen. Zeit einzig auch in bitteren Stunden, nur dann kommen wir zum Ziel, nur dann kann was erreicht werden. Nur dann kann unsere Organisation eine Macht werden, wenn ihr alle einmütig und geschlossen seid, und dann werden wir auch einst den Dank unserer Führer verdienen, wenn ihr alle mithebt an den Arbeiten unseres Verbandes. Darum, auf zum Kampf für das Wohl und Wehe aller unserer Kollegen und Kolleginnen. Jetzt heißt es, alles für einen und einer für alle.

Literarisches.

Die „Jungsozialistischen Blätter“, von denen das Januarheft des 4. Jahrgangs in neuer Ausstattung erscheint, bringen eine Reihe interessanter Aufsätze. Die „Jungsozialistischen Blätter“ sollen pro Heft 30 Pf. und sind in jeder Buchhandlung und Postanstalt zu bestellen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Erhöhung der Beiträge und der Arbeitslosenunterstützung. Den veränderten Verhältnissen entsprechend hat der Beirat des Verbandes mit großer Mehrheit beschlossen, daß vom 29. März ab die Verbandsbeiträge in der 1., 2. und 3. Beitragsklasse um je 5 Pf. und in der 4. und 5. Beitragsklasse um je 10 Pf. erhöht werden.

Die Arbeitslosenunterstützung erhöht vom gleichen Tage ab eine Erhöhung der Tagessätze und eine Erweiterung der Bezugsdauer, wobei die erste Beitragsklasse nunmehr gleichfalls miteinbezogen ist.

Der wöchentliche Beitrag beträgt damit vom 29. März — 14. Beitragswoche — ob:

| | | | | | |
|-------------------|--------|--------|--------|--------|---------|
| in Beitragsklasse | I | II | III | IV | V |
| | 25 Pf. | 40 Pf. | 55 Pf. | 75 Pf. | 100 Pf. |

Von diesen Beitragsätzen gelten 20 Proz. als Beitragsanteil für die Invalidenunterstützung.

In der Behringssklasse beträgt der Beitrag wöchentlich 10 Pf.

Doppelt organisierte Mitglieder zahlen 45 Pf. pro Woche. (Beitragsklasse I = 25 Pf. und 20 Proz. der 5. Klasse als Invalidenbeitrag.)

Zu diesen Beitragsätzen kommt in allen Klassen noch der am Ort jeweils übliche Lokalzuschlag.

Die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Beitragsklassen richtet sich nach dem durchschnittlichen Verdienst der Mitglieder. Es steht jedoch allen Mitgliedern frei, in eine höhere als die für sie zuständige Beitragsklasse zu wechseln.

Die erste Beitragsklasse soll nur für die ganz jugendlichen männlichen und weiblichen Mitglieder zuständig sein.

Die zweite Beitragsklasse ist nur für die ungebildeten weiblichen Mitglieder bestimmt.

Der dritten Beitragsklasse sollen alle weiblichen Mitglieder angehören, die den für ihren Ort geltenden tariflichen Lohn für geübte Arbeiterinnen bzw. für Facharbeiterinnen beziehen.

2. Neue Quittungsmarken. Mit der 14. Beitragswoche — das ist die Woche vom 29. März bis 4. April — kommen für die von da ab erhöhten Beitragsätze neue Quittungsmarken zur Ausgabe.

Um den mit der Führung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären die Arbeit leichter zu erleichtern, ersuchen wir alle Mitglieder, spätestens bis zum 27. März die Beiträge bis einschließlich 13. Woche zu entrichten.

Die Verrechnungs-Unter- und Werkstattlöhner sind verpflichtet, spätestens bis zum 28. März mit den alten Beitragsmarken abzurechnen und die neuen Marken in Empfang zu nehmen. Vom 29. März ab sind auch für etwa noch vorhandene Restwochen nur die neuen Quittungsmarken zu verwenden.

Die vierte Beitragsklasse ist für die über den tariflichen Lohn verdienenden weiblichen Mitglieder, sowie für minderleistungsfähige Gehilfen und für die männlichen Hilfsarbeiter bestimmt.

In die fünfte Beitragsklasse sollen alle männlichen Mitglieder wechseln, die den für ihren Ort geltenden tariflichen Lohn für Gehilfen beziehen.

Die Gew.- und Zahlstellenverwaltungen werden dringend ersucht, streng darauf zu sehen, daß die Mitglieder in der dem Verdienst nach für sie zuständige richtigen Beitragsklasse wechseln.

Die Höhe und Dauer der Arbeitslosenunterstützung richtet sich nach der Beitragsklasse und der Zahl der geleisteten Beiträge. Sie beträgt vom 29. März — 14. Beitragswoche — ob:

| Zu Beitragsklasse | Karten nach Beiträgen | pro Tag | Höchstbauer Tage | Höchstbetrag |
|-------------------|-----------------------|---------|------------------|--------------|
| I | 52 | 25 | 30 | 7,50 |
| | 52 | 40 | 40 | 16,— |
| II | 150 | 50 | 40 | 20,— |
| | 52 | 60 | 50 | 25,— |
| III | 150 | 60 | 50 | 30,— |
| | 200 | 70 | 50 | 35,— |
| IV | 520 | 80 | 60 | 48,— |
| | 1040 | 90 | 60 | 54,— |
| V | 52 | 60 | 60 | 36,— |
| | 150 | 70 | 60 | 42,— |
| V | 200 | 80 | 60 | 48,— |
| | 520 | 90 | 60 | 54,— |
| V | 1010 | 110 | 60 | 66,— |
| | 52 | 70 | 70 | 49,— |
| V | 150 | 80 | 70 | 56,— |
| | 200 | 90 | 70 | 63,— |
| V | 520 | 110 | 70 | 77,— |
| | 1040 | 130 | 70 | 91,— |

Abrechnungen

vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 3. März bei der Beitragsklasse ein von: Hensburg 51,77 M., — Hildesheim 3,— M., — Sebnitz 57,20 M., — Augsburg 392,50 M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Neubamm, — Zornau, — Mainz, Wiesbaden — Hauenheim.

Abwesenheitsänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer
 Jena. B. u. K.: Fr. Wagner, Sophienstr. 22 IV.
 Spremberg. B.: O. Rowad, Stadtedorfer Weg 10.
 K.: F. Jähmig, Dresdener Str. 211.
 Sprechstunden: 12—1 und 5—6 Uhr.
 Am a. d. T. B.: G. Weber, Bessersstr. 26 II.
 K.: G. Graf, Planengasse 11 (bei Wetter).